

Die Katholische Kirche ruft zum Handeln auf

Autor(en): **Heuberger, Karl**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **105 (2011)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390292>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bergbau in Lateinamerika –

Die Katholische Kirche ruft zum Handeln auf

Ein Augenschein in Guatemala bestätigt: Der Bergbau gefährdet Umwelt und Bevölkerung. Der Widerstand der Bevölkerung ist unüberhörbar geworden. Vom 14.–16. Juni 2011 versammelten sich auf Initiative des lateinamerikanischen Rates der Bischöfe (CELAM) VertreterInnen aus 17 Ländern aus Lateinamerika und der Karibik. Die versammelten Bischöfe, Priester, Ordensleute und ExpertInnen haben einen dringenden Aufruf verabschiedet.

Das Departement San Marcos im Hochland von Guatemala gehört zu den ärmsten des ganzen Landes. Die ländliche Bevölkerung in den vorwiegend Maya-Dorfgemeinschaften lebt auf ihren Kleinstgrundstücken, baut Mais und Bohnen an. Das wenige Land reicht bei weitem nicht zur Ernährung der Familien während des ganzen Jahres. Jahr für Jahr migrieren Hunderttausende in die tiefer gelegenen Regionen. Sie arbeiten als TagelöhnerInnen auf den Kaffee- und Zuckerrohrplantagen. Ihr Lohn ist minimal, oft kommen sie ärmer zurück als sie gegangen sind. Mangelhafte Ernährung und Hygiene verursachen Erkrankungen. Diese wiederum führen zu geringerer Arbeitsleistung und Verschuldung wegen dem Kauf von Medikamenten. Immer mehr Menschen versuchen diesem Kreislauf des Elends durch die Migration ins Ausland, vorab in die USA, zu entkommen. Das Schicksal der Migrierenden ist aber oft auch nur ein weiterer Kreislauf des Elends und der Gewalt.

Goldabbau zerstört Lebensgrundlagen

Seit wenigen Jahren erst wird das Hochland Guatemalas von einer zusätzlichen Dynamik heimgesucht: Der stetig steigende Goldpreis macht den Bergbau in Guatemala attraktiv, trotz der geringen Goldanteile im Gestein. Die Mine Marlin in den Gemeinden San Miguel Ixtahuacán und Sipakapa ist die derzeit grösste Goldmine in Zentralamerika, in welcher vorwiegend im Tagebau das Gestein abgetragen, zermalmt und Gold heraus filtriert wird. Der Goldgehalt pro Tonne Gesteinsmasse beträgt rund 0,5 Gramm. Etwa der gleiche Goldgehalt, den wir auch im Entlebuch finden. Das Edelmetall wird mit Zyanid herausgewaschen. Betrieben wird die Mine von der in Kanada beheimateten Goldcorp, in Zusammenarbeit mit der nationalen Tochtergesellschaft Montana Exploradora. Mit gewaltigen Maschinen werden ganze Hügel abgetragen und

zermalmt. Das Gold wird in Rohform mittels Hubschraubern und Kleinflugzeugen ausser Landes geschafft. Von den Gewinnen, die Goldcorp aus diesem Abbau erwirtschaftet, geht lediglich 1% nach Guatemala: 0.5 Prozent an die Zentralregierung und weitere 0.5% an die betroffenen Gemeinden. Für die Einfuhr der Maschinen und der Chemikalien ist das Unternehmen weitgehend steuerbefreit. Die Regierung Guatemalas versucht mit allen Mitteln, sich gegenüber den weltweit agierenden Unternehmen als attraktives Land zu präsentieren, in welchem hohe Gewinne erwirtschaftet werden können. Für die multinationalen Unternehmen dürfte Guatemala auch deshalb so beliebt sein, weil Auflagen für den Schutz der Umwelt und den Schutz der Arbeitsrechte nicht oder nur beschränkt angewendet werden. Auch Guatemala hat die Konvention 169 der ILO (International Labor Organisation) ratifiziert. Diese legt unter anderem fest, dass die von Bergbau betroffene Bevölkerung rechtzeitig informiert und über ihre Meinung befragt werden muss. Die staatlichen Behörden setzten sich bisher über diese Pflicht hinweg. Sie scheinen die Überzeugung zu vertreten, dass über die indianischen Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen frei verfügt werden kann.

Widerstand regt sich

Doch da könnten sie sich täuschen. Bei meinen Besuchen in der Region von San Marcos ist es spür- und fühlbar: Der Widerstand der Bevölkerung gegen den weiteren Ausbau von Minen ist gross und wird immer entschlossener. Es steht viel auf dem Spiel. Die Mine Marlin zu stoppen, dürfte schwierig sein. Selbst das Urteil der Interamerikanischen Menschenrechtskommission vom Juni 2010 hat keine Wirkung. Diese hatte damals angeordnet, die Aktivitäten der Mine Marlin einzustellen, bis Klarheit herrsche über die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Der Druck seitens der Be-

treiberfirma dürfte zu gross sein, als dass sich die guatemaltekische Regierung getrauen würde, dieser Aufforderung nachzukommen und die Abklärungen zu veranlassen. Aber was realistischer sein dürfte: zu verhindern, dass von den weiteren, weit über 100 Gesuchen für Abklärungen und Ausbeutung von Gold- und Silbervorkommen weitere Konzessionen erteilt werden. Bei den bisherigen Konsultativabstimmungen in 56 politischen Gemeinden im Hochland Guatemalas haben sich jeweils weit über 90% der Bevölkerung gegen die Vergabe jeglicher Konzessionen an Bergbaufirmen ausgesprochen. Bisher haben sich nahezu 1 Million Menschen an diesen Abstimmungen beteiligt. Die katholische Kirche hat vielerorts wesentlich dazu beigetragen, dass es zu diesen informellen Abstimmungen gekommen ist. Und sie wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass das Recht auf Information und Konsultation zur Anwendung kommt.

Aber wie kann erreicht werden, dass die Stimme der betroffenen Bevölkerung auch gehört wird? Der Bischof von San Marcos, Mons. Alvaro Ramazzini setzt sich seit 23 Jahren engagiert für die arme Bevölkerung in seiner Diözese ein. In einem Gespräch von Mitte September 2011 legt er die Gründe dar, weshalb sie als Ortkirche sich klar und eindeutig gegen diese neue Form der Ausbeutung einsetzen. Die Comunidades hätten ein Recht darauf, über die wahren Absichten informiert zu werden und ihre Meinung mittels Abstimmungen kundzutun. Die gesamte Diözese stehe auf der Seite der indianischen Gemeinschaften. Die Kirche müsse sich für die Menschen und den Schutz ihrer Existenzgrundlagen einsetzen. Er habe mit seiner Equipe Nachforschungen gemacht, wer denn eigentlich von diesen grossen Gewinnen profitiere. Sie hätten erfahren, dass unter anderem die Pensionsfonds in Schweden und Norwegen grosse Kapitalanlagen in Goldcorp hätten und satte Ge-

winne aus ihren Investitionen erzielen würden.

Aufgrund der ungelösten und offenen Fragen habe er vorgeschlagen und gefordert, ein Moratorium einzurichten und keine weiteren Konzessionen mehr zu erteilen, bis Klarheit geschaffen werden kann, welche Auswirkungen der offene Bergbau auf Umwelt und Gesundheit der Bevölkerung haben würde.

Die lateinamerikanische Kirche nimmt Stellung

Die Sorge von Ramazzini wird geteilt von vielen Bischöfen und Kirchenleuten in ganz Lateinamerika und aus der Karibik. In einem Dokument*, das nach einem Treffen des Rates der lateinamerikanischen Bischöfe vom 14.–16. Juni 2011 verabschiedet worden ist, wird festgestellt, dass der Bergbau zu einer der grössten Gefahren für ganz Lateinamerika geworden ist. Im Dokument wird in einem ersten Teil die aktuelle Situation analysiert. Es wird festgestellt, dass die nationalen Regierungen oftmals nicht in der Lage sind, die mitunterzeichneten internationalen Bestimmungen durchzusetzen. Die Macht der multinationalen Unternehmen ist übermächtig. Zudem würde mit Geld und Versprechungen erreicht, dass die Unternehmen kaum kontrolliert und auch die nationalen Gesetze nicht angewendet und durchgesetzt würden.

Im Licht des Evangeliums wird reflektiert, was diese Realität für die Kirche und alle Menschen guten Willens bedeutet. Jesus habe sich für die Entrechteten ein- und ausgesetzt. Mit der Ausweitung des Bergbaus werde ganzen Gemeinschaften die Existenz buchstäblich unter den Füßen weggezogen. Sich für die Rechte der vom Land Vertriebenen einzusetzen, sei heute vielerorts gefährlich. Jene, die Widerstand leisten, würden kriminalisiert und verfolgt. Jesus selber sagte: «Glücklich sind jene, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden – ihnen gehört das Himmelreich». Heute

gehe es darum, eindeutig Stellung zu beziehen und solidarisch mit jenen zu sein, die Widerstand leisten und sich für den Schutz der Lebensgrundlagen einsetzen würden.

In einem dritten Teil wird dargelegt, welches Handeln heute erforderlich ist. Was die Kirche in San Marcos unternimmt, ist gemäss diesem Dokument Pflicht der Gesamtkirche: die Bevölkerung begleiten, die Initiativen zum Schutz ihrer Lebensgrundlagen mitunterstützen und öffentlich Stellung zu beziehen für die Rechte der Bevölkerung. Auch in den Verbraucherländern sind die Kirchen gefordert: Hier geht es darum, sich für einen Lebensstil einzusetzen, der den begrenzten natürlichen Ressourcen Rechnung trägt. Die Kirchen müssen sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Rechte der betroffenen Bevölkerung geschützt und die Gesetze und Abkommen zur Anwendung kommen und durchgesetzt werden.

Die Industrienationen dürfen sich auch bereichern und beschenken lassen vom spirituellen Reichtum der indischen Gemeinschaften. Diese haben erkannt, dass ein Umdenken und ein rücksichtsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen Voraussetzung ist, um auch unseren Kindern und Kindeskindern eine Zukunft, eine lebenswerte Umwelt und ein menschenwürdiges zu ermöglichen. ●

Hinweis: Am Freitag, 25. Nov. 2011, 19.30 Uhr findet an der Universität Bern eine öffentliche Veranstaltung mit Bischof Alvaro Ramazzini aus Guatemala statt. Programm und weitere Informationen unter: koordination@guatemalanetz.ch

* Industrias extractivas, la problemática de los recursos naturales no renovables en América Latina y la Misión de la Iglesia, Lina, 14 -16 de junio de 2011, CELAM, Departamento de Justicia y Solidaridad

Karl Heuberger ist HEKS Mitarbeiter und Mitorganisator der politischen Abendgottesdienste